

**Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
19.10.2017	19.15 Uhr	22.02 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER

ORTSAMT: Inga Köstner, Vorsitzende
Jessica Jagusch, Protokollführerin

BEIRAT: siehe anliegende Liste

Gäste: Horst-Günther Feldmann (Revierleiter Polizeirevier Horn);
Norbert Klimaschewski (NMK360);
Helmut Weigelt (Sprecher des BüBei-Ausschusses).

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.09.2017
3. Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
4. Stellungnahme zur Projektidee einer Wakeboard-Anlage am Stadtwaldsee (Unisee)
5. Stellungnahme zum Änderungsentwurf des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
6. Beschluss über die Umbenennung eines Teilstücks der Straße Karl-Ferdinand-Braun-Straße
7. Globalmittelanträge
 - BM 14/2017, THW Helfervereinigung Bremen-Schwachhausen e. V., Anschaffung von LED-Flutlichtstrahlern, Antrag über 1.500 € (gesamt: 4.537,47 €)
 - BM 15/2017, Deutscher Alpenverein Sektion Bremen e. V., Anschaffung von zwei Sicherheitsautomaten, Antrag über 3.190 € (gesamt: 4.190 €)
 - BM 16/2017, Initiativantrag des Seniorenbeauftragten Dietmar Stadler, Anschaffung von 6 Büchern „Stolpersteine in Bremen, Biografische Spurensuche in Horn/Lehe“ für die öffentlichen Bibliotheken des Stadtteils, Antrag über 100,80 € (gesamt: 100,80 €)
 - BM 17/2017, Förderkreis der Wilhelm-Focke-Oberschule e. V., Anschaffung einer Salatbar für die Mensa, Antrag über 2.366 € (gesamt: 5.366 €)
 - BM 18/2017, Stiftung Bremer Rhododendronpark, Sanierung 3er Spielhäuser auf dem Spielplatz im Rhodo-Park, Antrag über 2.000 € (gesamt: 3.184,44€)
8. Anträge aus dem Beirat
 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen – Baumschutz Ronzellenstraße (Eingang 10.10.2017)
 - Antrag Bündnis 90/Die Grünen – Blinklicht am Fußgängerüberweg Leher Heerstraße (Eingang 10.10.2017)
9. Mitteilungen des Ortsamtes
10. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Die Ortsamtsleitung begrüßt die Beiratsmitglieder, die anwesenden Referenten sowie die Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil.

Aufgrund der Anwesenheit von Radio Bremen wird nachgefragt, ob bei den Anwesenden die Zustimmung zur filmischen Aufnahme gegeben ist. Dieses wird bejaht.

Die Vorsitzende berichtet über die Einsätze der freiwilligen Feuerwehr während der Sturmtiefs im September und Oktober und dankt für der Freiwilligen Feuerwehr Lehesterdeich für ihren unermüdlichen Einsatz. Dem Beiratsmitglied Herrn Adam wird zum Geburtstag gratuliert.

Die Tagesordnung wird einstimmig ohne Änderungen- und/oder Ergänzungen genehmigt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 21.09.2017

Das Protokoll vom 21. September 2017 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche genehmigt. (einstimmig)

Zu TOP 3: Wünsche, Fragen und Anregungen in Stadteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

Eine Bewohnerin des Vorkampwegs moniert die Ampelschaltungsregelung an der Ecke Vorstraße/Leher Heerstraße. Der Rechtsabbiegerpfeil biete eine Gefahrenquelle, auch sei die Grünphase für die Fußgänger zu kurz. Das Amt für Straßen und Verkehr hat die Ampelphase bereits überprüft und hält diese für angemessen. Der zuständige Fachausschuss möchte erst einmal weiterhin an dem Rechtsabbiegerpfeil festhalten, weil bislang die Vorteile überwiegen. Der Sachverhalt soll aber noch einmal im zuständigen Fachausschuss Umwelt und Verkehr behandelt werden.

Die Schulsprecherin der Ronzelenstraße berichtet, dass die Schulwegsicherung vom Otto-Suhling-Weg in die Ronzelenstraße sich als schwierig gestalte. Das Verkehrsaufkommen sei aufgrund der Neubebauung gestiegen. Durch die parkenden Autos herrsche eine unübersichtliche Verkehrssituation. Die Eltern der angrenzenden Grundschule übernehmen in Eigenregie eine „Verkehrsüberwachung“. Seitens der Schulsprecherin werde eine Straßenschwelle zwecks Reduzierung der Geschwindigkeit gewünscht.

Die Ortsamtsleitung betont, dass der berichtete Sachverhalt im vergangenen Fachausschuss behandelt worden ist. Der vorgeschlagene Zebra-Streifen kann in einer 30-Zone genauso wenig realisiert werden wie eine Ampel. Aktuell gebe es Überlegungen hinsichtlich eines Schülerlotsenprojektes. Der Sachverhalt werde noch einmal in der kommenden Fachausschusssitzung Verkehr und Umwelt am 20. November 2017 behandelt. Vielleicht schaffe auch eine Nachbesserung der farblichen Markierung vom Schulwegexpress Abhilfe.

Zu TOP 4: Stellungnahme zur Projektidee einer Wakeboard-Anlage am Stadtwaldsee (Unisee)

Herr Klimaschewski stellt das Projekt „Wakeboard-Anlage am Unisee“ anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Die nächste Wakeboard-Anlage befinde sich etwa 100 km weit entfernt. Daher wäre eine Etablierung dieser Sportart in Bremen wünschenswert. Als Standort habe man den südlichen Teil des Unisees, in der Nähe der DRK-Station, gewählt. Parkmöglichkeiten seien vor Ort vorhanden und es liege eine gute verkehrliche Anbindung vor. Vor dem DLRG-Gebäude sei ein Steg geplant. Die vorhandenen Parkplatzmöglichkeiten könnten im Bedarfsfall erweitert werden. Auf der Sichtachse über den See wären nur die Anlage bzw. 6 Masten sowie die Sprungschanzen sichtbar. Die Anlage kann von Anfängern und Profis genutzt werden.

An der Uferanlage sollen eine kleine Gastronomie sowie eine weitere Badezone entstehen. Die Barrierefreiheit der Anlage werde sichergestellt, damit auch Menschen mit Geheinschränkungen trainieren könnten. Derzeit liefen Gespräche mit der DLRG sowie den Bremer Bädern.

Herr Drechsel wünsche sich, dass es der Betreiber schaffe, eine Verbindung zum Vereinssport herzustellen und mit seinem Angebot die Schwimmbereitschaft bei Kindern zu erhöhen. Weitere Kooperationsmöglichkeiten seien unter Einbindung von unterschiedlichen Trägern angestrebt.

Frau Bäuerlein merkt positiv an, dass durch so eine Sportart Jugendliche zuerst an den Schwimmsport herangeführt werden könnten. Sie befürchte aber auch, dass es zu einer negativen Wechselwirkung mit den Surfern kommen kann. Der Betreiber stehe im Gespräch mit den am Unisee ansässigen Surfern. Die Gastronomie werde sowohl im Außen- als auch im Innenbereich angesiedelt. Eintritt werde lediglich bei der Benutzung der Anlage anfallen.

Seitens des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen werde ein Interessenkonflikt mit den unterschiedlichen Nutzern des Unisees gesehen. Er betrachte eine Kommerzialisierung des Unisees kritisch. Er möchte wissen, wie hoch die Lärmemissionen seien. Der Investor sichert zu, dass es an den Stränden weiterhin freien Eintritt gebe. Am Gebäude werden Zäune gezogen aufgrund von Sicherheitsbedingungen. Strände mit Eintrittsflächen wird es nicht geben. Da es im südlichen Teil weniger Publikum gebe, erhoffe er sich dort einen geringeren Interessenkonflikt.

Die Taucher seien wie die Angler im nord-/östlichen Bereich zu finden. Im südlichen Bereich gebe es die Surfer sowie das Ferienprogramm der Bremer Bäder (Optisepler). Der Saisonbetrieb würde im März starten und bis Oktober andauern. Die täglichen Öffnungszeiten seien in der Saison bis 19 Uhr geplant. Außerhalb der Saison fänden nur temporäre Veranstaltungen statt. Die Betriebsgeräusche (Motor der Anlage) einer Wakeboard-Anlage seien sehr gering. Eine leise Musikbeschallung werde im Rahmen der Gastronomie angeboten. Das Betreiberkonzept sei nicht auf Veranstaltungen ausgelegt.

Herr Koppel befürchte erhebliche Lärmemissionen und wünsche sich die Prüfung eines anderen Standorts. In erster Linie wolle er den Unisee aber als Ort der Ruhe, Erholung und der verschiedenen Nutzergruppen ohne eine Wakeboard-Anlage erhalten.

Der Vertreter der FDP-Fraktion betont, dass er die Bedenken seitens Bündnis 90/Die Grünen nicht teile. Die Attraktivität des Unisees werde durch dieses Angebot gesteigert. Er erkundigt sich nach der Wettbewerbsfähigkeit der Anlage für nationalen und internationalen Sport. Die Anlage sei auf höherklassigen Sport ausgerichtet, womit auch Meisterschaften ausgetragen werden könnten. Die Anlage selbst könne von Profisportlern für das Training genutzt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Eichner wird mitgeteilt, dass eine Beleuchtung nur am Gebäude vorgesehen sei. Bei Dunkelheit werde der Fahrbetrieb eingestellt. Ein Viertel der Gesamtfläche des Sees werde von der Anlage eingenommen. Die Problematik mit den ansässigen Surfern sei noch nicht abschließend geklärt.

Die stellvertretende Beiratssprecherin befürworte die Etablierung dieser Wassersportart am Unisee. Es wäre eine gute Möglichkeit, Kinder an den Wassersport heranzuführen. Sie schlägt vor, auch die Jugendlichen des Stadtteils zu befragen. Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass die Hauptzielgruppe zwischen 14 und 40 Jahre alt sei.

<p>Beschluss: Der Beirat beschließt im Rahmen seiner Geschäftsordnung die Rednerliste zu schließen. (einstimmig)</p>
--

Frau Dr. Eckhardt erfragt die zukünftigen Eintrittspreise. Der Investor teilt mit, dass eine Mitgliedschaft nicht nötig sei. Der Eintrittspreis für eine 2- bis 3-Stundenkarte liege bei etwa 20 €. Die Tageskarte werde für 30 € angeboten.

Auf Nachfrage wird mitgeteilt, dass der derzeitige Parkplatz saniert werden müsse. Bei einer Parkplatzerweiterung müssten keine Bäume gefällt werden. Der Wetterungsweg werde lediglich als Rettungsgasse sowie für Anlieferung des Gastronomiebetriebes genutzt. Die Kapazitätsgrenze der Anlage liege bei 100 Besuchern. Nach maximal 3 Runden müsse man wartenden Sportlern den Vorrang geben. Schulklassen sollen ermäßigten Eintritt erhalten. Eine kleine Anlage wäre für den Investor nicht wirtschaftlich genug.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befürchte, dass der Charakter des Unisees durch eine kommerzielle Nutzung verloren gehe. Ähnliche Anlagen würden beweisen, dass Flora und Fauna nicht litten. Die Belastung durch Blaualgen würde durch die verstärkte Sauerstoffzufuhr abnehmen.

Ein Vertreter der DLRG betont, dass es bislang noch keinen Austausch mit dem Investor gab. Derzeit werde das Projekt neutral gesehen, aber es liegen seitens der DLRG massive Sicherheitsbedenken vor. Die An- und Abfahrtschneise des DLRG-Rettungsbootes würde durch die Anlage eingeschränkt.

Die Sitzungsleitung teilt abschließend mit, dass der Investor bislang noch keinen Antrag bei der zuständigen senatorischen Behörde gestellt habe. Sobald dieser vorliege, müsse ein Verfahren zur Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange eingeleitet werden, mit dem sowohl der Beirat, andere Behörden, aber auch unterschiedliche Nutzergruppen einbezogen werden.

Der Beirat bedankt sich beim Investor für die Präsentation und nimmt im Weiteren die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu TOP 5: Stellungnahme zum Änderungsentwurf des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter

Der Vorsitzende des Bübei-Ausschusses stellt sich den Anwesenden vor. Nachdem Prof. Lothar Probst im Jahr 2016 dem Parlament und den Beiräten eine Evaluierung des Beirätegesetzes vorgestellt und Änderungsvorschläge unterbreitet habe, arbeiteten ein Unterausschuss des Bürgerschaftsausschusses für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte sowie die Senatskanzlei an einem gesetzlichen Änderungsentwurf. Dabei solle es nicht um eine komplette Gesetzesneufassung gehen, sondern insbesondere sprachliche Glättungen erfolgen, datenschutz- und verfassungsrechtliche Grundsätze geprüft und einige Änderungen eingefügt werden. In der Bürgerschaft sei bereits ein erster Dringlichkeitsantrag zur Überarbeitung des Gesetzes beschlossen worden. Die Inhalte werden kurz skizziert.

Behörden seien aufgefordert, innerhalb von 6 Tagen auf die Zusendung von Beschlüssen und Anträgen mit einer Eingangsbestätigung zu reagieren. Die Behandlung der Themen müsse innerhalb von 6 Wochen erfolgen. Bei einer ausgesprochenen Einladung sei die Teilnahme für Behördenvertreter bindend.

Die Geschäftsführung der Jugendbeiräte obliege nunmehr den Ortsämtern.

Außerdem sollen Planungskonferenzen nicht mehr jährlich zwingend, sondern nur noch einmal pro Legislaturperiode erfolgen.

Haushaltsanträge könnten gestellt werden, bevor der Haushalt in der Bürgerschaft thematisiert werde.

Das Stadtteilbudget gelte für Maßnahmen des § 10 Abs. 1 Nr. 2 bis 10 OBG.

In einem Streitfall zwischen Beirat und zuständiger Stelle über das Entscheidungsrecht eines Beirates im Sinne des § 10 Abs. 1 OBG werde die fachlich zuständige Deputation zur Entscheidung herangezogen. Der Rechtsweg werde dadurch nicht ausgeschlossen.

Eine weitere Änderung sei im Bereich der Wahl des Beiratssprechers aufgenommen. Wenn nach zwei Wahlgängen noch kein Beiratssprecher gewählt wurde, ist der Wahlvorgang zu unterbrechen. Der dritte Wahlgang könne erst mit einer zweiwöchigen Unterbrechung vorgenommen werden.

Der derzeitige Entwurf sehe außerdem einen Zusammenschluss der Ortsämter Borgfeld und Oberneuland zu einem gemeinsamen Ortsamt Borgfeld/Oberneuland, mit einer hauptamtlichen Ortsamtsleitung vor.

Die Beiräte seien aufgefordert, bis Ende Dezember 2017 eine Stellungnahme abzugeben. Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche seien an die Senatskanzlei zu übersenden. In einer gemeinsamen Sitzung werde sich die Beirätekonferenz sowie der Bürgerschaftsausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte mit den eingereichten Änderungs- und/oder Ergänzungen beschäftigen und einen Beschlussvorschlag erarbeiten. Bis zur Mitte des kommenden Jahres solle das Gesetz geändert werden.

Nach diesen Ausführungen stellt der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen die Änderungsvorschläge für den Beirat Horn-Lehe vor:

a) In § 7 den Absatz 3 (Informationsrechte des Beirats) zu streichen

Begründung:

Dieses neue Verbot für Beiratsmitglieder, sich direkt mit Menschen, die einen Bürgerantrag gestellt haben, in Verbindung zu setzen, ist nicht akzeptabel. Beirats- und Ausschussmitglieder müssen die Möglichkeit haben,

sich persönlich bei der antragstellenden Person ein Bild vom Inhalt und/oder Hintergrund eines Bürgerantrags zu machen.

Beschluss: Der Beirat stimmt der Änderungsempfehlung zu. **(einstimmig)**

b) den § 16 (Beschlussfassung) in seiner alten Form zu belassen,

Begründung:

Dieser Eingriff in die Rechte des Beirats, nämlich Aufhebung einer Entscheidung eines Beirats, ist so schwer wiegend, dass es bei einer Entscheidung des Gesamtsenats bleiben muss.

Beschluss: Der Beirat beschließt, den § 16 Ortsgesetz über Ortsämter und Beiräte in seiner alten Form zu belassen. **(einstimmig)**

c) den § 20 (Mitwirkungsverbot) an die Regelungen des Ausführungsgesetzes zu Art. 145 der Bremischen Landesverfassung anzupassen.

Begründung:

Es ist nicht angemessen, wenn es für die Beiräte umfangreichere Befangenheitsregelungen gibt als für die Mitglieder der Stadtbürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung.

Beschluss: Der Beirat beschließt §20 an die bremische Landesverfassung anzugleichen. **(einstimmig)**

Herr Eichner gibt zu bedenken, in § 10 Abs. 2 OBG den Begriff „regulär“ zu streichen, da somit der Beirat eingeschränkt werde, eine außerordentliche Sitzung einzuberufen. Der derzeitige § 25 Abs. 3 OBG sehe vor, dass der Ausschuss im Vertretungsfall die Sitzungsleitung aus ihren Reihen beschließen kann. Richtig wäre es vielmehr, den Begriff „Ausschuss“ durch „Beirat“ zu ersetzen.

Da zu diesen Punkten keine Beschlussfassung erfolgte, werden die Hinweise als Hinweise weitergeleitet.

Herr Koppel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte, dass die Ortsamtsleitung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt werde. Bei Stimmgleichheit sollte eine Stichwahl stattfinden.

Die Vorsitzende erläutert, dass die geltende Regelung ein Ergebnis der Verwaltungsgerichtsverfahren darstelle und seitens der Bürgerschaft keine Änderung erwünscht sei.

Der Seniorenbeauftragte möchte, dass die große Bevölkerungsgruppe der „Senioren“ explizit in die Überschrift des § 6 OBG „Bürger- und Jugendbeteiligung aufgenommen werde. Die entsprechende Stellungnahme des Vorsitzenden der Seniorenvertretung liege dem Beirat vor.

Der Beirat hatte sich bereits im Vorfeld der Sitzung darauf verständigt, diese Forderung nicht übernehmen zu wollen, da auch „Senioren“ Bürgerinnen und Bürger seien.

Zu TOP 6: Beschluss über die Umbenennung eines Teilstücks der Straße Karl-Ferdinand-Braun-Straße

Herr Mazur erörtert, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgrund der Rüstungsproblematik des Unternehmens der Stimme enthalten werde.

Beschluss: Der Beirat stimmt der Umbenennung des Teilstücks der Karl-Ferdinand-Braun-Straße zu. **(einstimmig bei 3 Enthaltungen)**

Zu TOP 7: Globalmittelanträge

7.1 BM 14/2017, THW Helfervereinigung Bremen-Schwachhausen e. V., Anschaffung von LED-Flutlichtstrahlern, Antrag über 1.500 € (gesamt: 4.537,47 €)

Beschluss: Der Globalmittelantrag der THW Helfervereinigung Bremen-Schwachhausen e. V. wird in Höhe von 1.500 € bewilligt. **(Einstimmig)**

- 7.2 BM 15/2017, Deutscher Alpenverein Sektion Bremen e. V., Anschaffung von zwei Sicherungsautomaten, Antrag über 3.190 € (gesamt: 4.190 €)

Der Geschäftsführer stellt den Antrag vor. Speed-Klettern sei mit der neuen Anlage auch möglich. 2020 werde dieser Wettkampf olympisch. Mit den Sicherungsautomaten könnten auch Speed-Kletter-Wettkämpfe in Horn-Lehe angeboten werden. Gerade die Jugendgruppen bräuchten eine weitere Sportmöglichkeit.

Herr Drechsel fragt kritisch, warum der Sicherungsautomat nicht aus Vereinsmitteln finanziert werde. Der Verein gehört nicht zu den größten Vereinen in Deutschland. Die Finanzierung des Baus des Kletterzentrums sei deutlich höher ausgefallen und belaste die Bilanz. Mit dieser neuen Vorrichtung möchte der Verein weiterhin wettbewerbsfähig bleiben. Der Verein bringe sich zudem mit seinem ehrenamtlichen Engagement im Stadtteil ein.

Beschluss: Der Globalmittelantrag des Deutschen Alpenverein Sektion Bremen e. V. wird in Höhe von 2.000 € bewilligt. **(Einstimmig bei 1 Ablehnung)**

- 7.3 BM 16/2017, Initiativantrag des Seniorenbeauftragten Dietmar Stadler, Anschaffung von 6 Büchern „Stolpersteine in Bremen, Biografische Spurensuche in Horn/Lehe“ für die öffentlichen Bibliotheken des Stadtteils, Antrag über 100,80 € (gesamt: 100,80 €)

Beschluss: Im Rahmen des Initiativrechts bewilligt der Beirat 100,80 € für die Anschaffung von Büchern aus der Reihe „Stolpersteine in Bremen“. **(Einstimmig bei 2 Enthaltungen)**

- 7.4 BM 17/2017, Förderkreis der Wilhelm-Focke-Oberschule e. V., Anschaffung einer Salatbar für die Mensa, Antrag über 2.366 € (gesamt: 5.366 €)

Aufgrund der 4-Zügigkeit sei die Essensausgabe täglich eine logistische Herausforderung. Die Salatbar würde die Essensausgabe entzerren. Gerade bei den älteren SchülerInnen entfalte die Salatbar eine hohe Attraktivität.

Beschluss: Der Globalmittelantrag des Förderkreises der Wilhelm-Focke-Oberschule e. V. wird in Höhe von 2.366 € bewilligt. **(Einstimmig)**

- 7.5 BM 18/2017, Stiftung Bremer Rhododendronpark, Sanierung 3er Spielhäuser auf dem Spielplatz im Rhodo-Park, Antrag über 2.000 € (gesamt: 3.184,44€)

An den 3 Spielhäusern hat der TÜV erhebliche Mängel gesehen.

Beschluss: Der Globalmittelantrag der Stiftung Bremer Rhododendronpark wird in Höhe von 2.000 € bewilligt. **(Einstimmig)**

- 7.6 BM 19/2017, Initiativantrag des Beirates Horn-Lehe, Aufwendungen von TV Eiche Horn für Kosten des Volkstrauertags

Das Vorstandsmitglied des Vereins TV Eiche Horn stellt kurz den Initiativantrag vor und erklärt die Befangenheit. Er nimmt nicht an der Abstimmung teil.

Beschluss: Der Initiativantrag des Beirates Horn-Lehe bezüglich Aufwendungen für den Volkstrauertag wird zugestimmt. **(Einstimmig bei 1 Enthaltung)**

Zu TOP 8: Anträge aus dem Beirat

8.1 Baumschutz Ronzelenstraße – Bündnis 90/Die Grünen

Der Fraktionsvorsitzende stellt kurz den Antrag vor. Die Beparkung zwischen den Bäumen an der Oberschule Ronzelenstraße sei erheblich. Auch sei ersichtlich, dass die derzeitigen Fahrradbügel den aktuellen Bedarf nicht deckten. Frau Dr. Eckhardt wünscht sich mehr Hintergrundinformationen, da aus ihrem Kenntnisstand heraus, die Schulleitung keinen zusätzlichen Bedarf an weiteren Fahrradbügel sehe.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe verweist den Antrag an den zuständigen Fachausschuss Umwelt und Verkehr. **(mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen)**

8.2 Blinklicht am Fußgängerüberweg Leher Heerstraße – Bündnis 90/Die Grünen

Herr Mazur stellt den Antrag vor. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehe aufgrund der Vorkommnisse an diesem Fußgängerüberweg weiterhin Nachbesserungsbedarf. Die Hinweisschilder könnten größer sein. Herr Porthun gibt zu bedenken, dass mehr Sicherheitsvorkehrungen auch zur Gleichgültigkeit führten. Seitens Herrn Koppel werde aktuell keine Verkehrssicherheit an diesem Übergang gesehen. Eines der Hinweisschilder wäre verschoben und durch die angrenzenden Bäume verdeckt.

Die FDP-Fraktion befürwortet weiterhin den Fußgängerüberweg. Die Unfälle waren bedingt durch beiderseitiges Fehlverhalten. Der Revierleiter fügt hinzu, dass die Wahrnehmung des Zebra-Streifen sehr schwer falle. Aus seiner Sicht müssten schwache Verkehrsteilnehmer geschützt werden.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe verweist den Antrag an den zuständigen Fachausschuss Umwelt und Verkehr. **(mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)**

Die Sitzungsleitung schlägt aufgrund des Zeitverzuges nachfolgende Möglichkeiten vor:

- a) Debattenende und Beendigung der Sitzung;
- b) Weiterführung der Sitzung, ohne weitere Redebeiträge und nur Beschlussfassung;
- c) Redezeitverkürzung.

Beschluss: Der Beirat Horn-Lehe beschließt die Debatte zu beenden. Die noch ausstehenden Tagesordnungspunkte bzw. Anträge werden vertagt. **(mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)**

Zu TOP 9: Mitteilungen des Orsamtes

Veranstaltung	Datum	Ort
Konstituierende Sitzung des Jugendbeirates Horn-Lehe	01.11.2017, 18 Uhr	Ortsamt Horn-Lehe
Fachausschuss Zukunft, Stadtteilentwicklung und Jugendbeteiligung	02.11.2017, 18.30 Uhr	Ortsamt Horn-Lehe
Fachausschuss Soziales, Kultur und Sport	07.11.2017, 18.00 Uhr	Ortsamt Horn-Lehe
Nächste Beiratssitzung, Horner Bad	16.11.2017, 19.15 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

- ab dem 26.10.2017 - neue Ausstellung im Ortsamt (Fotokunst, Peter Pollmann)
- 27.10.2017 - Laterne laufen durch den Rhododendronpark
- 03.11.2017 - Kleinkunstabend ab 19.30 Uhr in der Restauration Gödekens
- ab dem 03.11.2017 - Theater am Deich inszeniert das Stück „Die Wunderübung“
- 06.11.2017 - Fairnesskreis zum Bürgerbeteiligungsverfahren Horner Bad trifft sich

- 14.11.2017 - Sozialer Arbeitskreis Alter in Horn-Lehe

Zu TOP 10: Verschiedenes

Herr Mazur fragt nach dem Verbleib des Straßenschildes Gerold-Janssen-Straße, welches ggf. im Zuge der Baumaßnahmen im Mühlenviertel entfernt wurde. Das Ortsamt sichert zu, sich um den Sachverhalt zu kümmern.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Heike Menz
- Beiratssprecherin -

Jessica Jagusch
- Protokollführerin -